

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 8 (1916)
Heft: 11-12

Artikel: Der sozialdemokratische Parteitag in Zürich
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

im Gegensatz zu den Vertretern aus den Zentralstaaten bei der Konferenz in Leeds, in der Lage wären, die Berner Konferenz zu besuchen; haben doch die Genossen in Italien selber dem Schweiz. Gewerkschaftsbund gleichzeitig mit der Leitung des I. G. B. das Mandat zur Einberufung einer internationalen Konferenz (sie schrieben zwar Kongress) überbinden wollen.

Die Argumente der Stickgase, der brennenden Flüssigkeiten und der andern Kulturmittel wirken nicht überzeugend, sowenig wie die Bewilligung der Kriegskredite. Denn einmal sind die Arbeiter aller Länder unschuldig am Krieg, so unschuldig wie an der Verwendung der verschiedenen «Kulturmittel», zum andern werden alle diese Sachen überall in gleichem Masse angewendet.

Ueber die Bewilligung oder Nichtbewilligung von Kriegskrediten haben wir als Glieder des I. G. B. weder eine Untersuchung zu veranstalten, noch viel weniger ein Urteil abzugeben. Wir werden also auf den Konferenzen des I. G. B. weder jetzt noch später in die Lage kommen, den Delegierten der kriegführenden Länder «grad und gründlich» die Meinung zu sagen. Das gehört, wie aus den oben mitgeteilten Beschlüssen unzweideutig hervorgeht, nicht in den Aufgabenkreis der Konferenzen.

Was nun die Frage des zukünftigen Sitzes des Sekretariates betrifft, so muss dazu, je nachdem, der Ausschuss des Gewerkschaftsbundes Stellung nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass man dort auch heute noch dieser uns zugedachten Ehre sehr skeptisch gegenübersteht. Die Schweiz ist ein kleines Land mit verhältnismässig geringen Mitteln. Uns wird schon die Aufbringung der Mittel für unsere eigene Landeszentrale zur richtigen Durchführung ihrer Aufgaben sauer. Nun sollen wir gar noch ein internationales Bureau übernehmen in einem Moment, wo eine Reihe von Landeszentralen keine Beiträge bezahlen oder bezahlen können. Dass wir Kräfte für die Leitung des I. G. B. hätten, wollen wir nicht streiten, dagegen darf aber auch gesagt werden, dass wir diese Kräfte für unsere eigene Bewegung kaum entbehren können. Auf alle Fälle würde uns mit der Uebernahme des Sekretariates ein Opfer zugemutet, das wir ohne Garantien nicht übernehmen könnten.

Zum Schluss können wir versichern, dass weder unsere Unabhängigkeit noch unsere Handlungsfreiheit in Gefahr ist. Genosse — u. dürfte aus unsern Ausführungen die Ueberzeugung gewonnen haben, dass wir uns streng an die Beschlüsse der bisherigen Konferenzen halten werden. Nicht mehr und nicht weniger.

Wie wir unterdessen mitgeteilt haben, ist die internationale Konferenz bis auf weiteres verschoben worden.

Internationale Konferenz. Die auf 11. Dezember nach Bern einberufene Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist bis auf weiteres verschoben worden. Wir werden in nächster Nummer der «Rundschau» auf die Sache zurückkommen.



Der sozialdemokratische Parteitag in Zürich.

Mit aufrichtigem Bedauern und mit Kopfschütteln vernahmen viele Genossen das Ergebnis der Grütlianertagung in Zug. Man erwartete immer noch, der Grütliverein werde in elfter Stunde einlenken und im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung seine Selbständigkeit zum Opfer bringen. Es kam anders. Der Grütliverein zerschnitt das Tischtuch zwischen sich und der Partei. Er will in Zukunft seine eigenen Wege gehen, trotzdem ihn das Gros seiner Anhänger verlassen wird; womit feststeht, dass er die glänzende Rolle, die er in der Arbeiterbewegung gespielt, ausgespielt hat.

Nach dieser Zuger Tagung war die Situation abgeklärt, für die Partei die Frage der Parteieinheit endgültig erledigt.

In grosser Zahl rückten die Parteitagsdelegierten, unter denen die Frauen und die Jugendlichen stark vertreten waren, ein, und es kennzeichnete die Situation sehr treffend, dass gerade Genosse Pflüger, ein alter Grütlianer, der als Präsident des Grütlivereins um dessen Existenzberechtigung mit dem Parteikomitee manchen Strauss ausgefochten hat, als Tagespräsident bestimmt wurde. Ihm geht der Inhalt über die Form.

Im Geschäftsbericht liess der Parteisekretär, Genosse Fähndrich, die Geschehnisse des verflossenen Jahres noch einmal Revue passieren. Er besprach die Abstimmung über die Kriegsteuer, die Militärgerichtsinitiative, die Oberstenaffäre und ihre Begleiterscheinungen in Partei und Nationalratsfraktion, und die Initiative für eine Bundessteuer auf Vermögen und hohe Einkommen, zu der der Parteitag Stellung zu nehmen hat. Ferner streifte er die Vorgänge vom 3. September und die Frage der Parteieinheit. Auch Fähndrich ist ein alter Grütlianer, dem die Schwenkung gewiss sauer geworden ist. Sein Votum über die Parteieinheit klang elegisch aus in die Worte «hüben und drüben ist gefehlt worden, heute ist das Tischtuch zerschnitten».

Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr von 29,580 auf 27,485 zurückgegangen. Seither sind durch Austritte von Grütlivereinen weitere 1500 Mitglieder verloren gegangen.

Der Parteivorstand ist, um die an ihn herantretenden Aufgaben zu erledigen, genötigt, eine

Beitragserhöhung von 5 Rp. pro Monat zu beantragen. Erfreulich sei das Wachsen der Frauenorganisation, glänzend das der Jugendorganisation, die die Zahl der Mitglieder von 1700 auf 5000 gebracht habe.

In der Diskussion wurden je nach Anschauung und Temperament verschiedene Fragen angeschnitten. Der eine wünscht wirkungsvolle Demonstrationen von 100,000 bis 150,000 Arbeitern, die von der Partei organisiert werden sollen und Stellungnahme zu den politischen Aktionen der Genossenschaften. Der andere Festhalten am 1. Mai als Demonstrationstag. Die Verlegung auf den Sonntag wird als Humbug bezeichnet. Eine Anfrage, was mit dem Bildungsausschuss los sei, wird dahin beantwortet, dass momentan kein Geld da sei, dass es aber innerhalb der Arbeiterschaft auch vielfach am Interesse fehle.

Dass die Finanzlage der Partei nicht glänzend ist, ergab der Rechnungsbericht, der auf 30. September 1916 mit einem Passivsaldo von fast 4000 Franken abschliesst.

Die Beitragserhöhung wird denn auch unter diesen Umständen ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Der Bericht der Nationalratsfraktion wird von Genossen Affolter erstattet. Er besprach ausführlich die Differenzen in der Fraktion, deren Ursache die verschiedene Stellung der Genossen zur Militärfrage und der Mangel einer einheitlichen Lösung sei.

Im übrigen sei fleissig gearbeitet worden.

Zu diesem Bericht, der lebhaft diskutiert wird, liegt ein Antrag Zürich vor, der von der Fraktion grössere Einheitlichkeit und Geschlossenheit verlangt.

Wenn ein Redner dabei zu dem Schluss kam, dass die Kritik der Fraktion eine Kritik der Partei sei, so muss man dem nur zustimmen. Ebenso, wenn er sagte, dass eine Besserung nur durch die Stärkung der Organisation, durch unermüdlige Propaganda, insbesondere auch für die Gewerkschaften und durch Würdigung der gewerkschaftlichen Probleme erzielt werden könne. Die Zürcher Resolution wurde schliesslich, redaktionell geändert, angenommen.

Die Bundesfinanzreform beherrschte recht eigentlich den Parteitag. Ausser dem Referenten, Genossen Müller, stellten sich dem Parteitag noch eine Reihe von Genossen als Finanzstrategen vor. In bezug auf die Bundessteuer selber war man vollkommen einig, dagegen war strittig, welche Stellung man zu den andern Steuerprojekten und -Objekten einzunehmen habe.

Der Antrag des Parteivorstandes auf Einleitung eines Volksbegehrens betreffend Einführung einer Bundessteuer wird mit geringen Aenderungen einstimmig angenommen. Die Wegleitung

für das Verhalten gegenüber andern Steuerprojekten ist in einer Resolution Huber-Grimm niedergelegt, die unter gewissen Bedingungen neben der Bundessteuer dem Tabakmonopol, der Stempelsteuer, der Ausdehnung des Alkoholmonopols und der Revision des Gesetzes über die Militär-Pflichtersatzsteuer zustimmen will, aber erst dann, wenn Garantien für die Einführung der Bundessteuer gegeben sind.

Am Sonntagnachmittag, als die Delegierten zum Aufbruch rüsteten, sollte mit der Behandlung der Stellung zum Grütliverein und der Statutenberatung begonnen werden. Genosse Lang referierte. Nachdem er dem Grütliverein noch einen ehrenvollen Nachruf gewidmet hatte, der in dem Wunsche ausklang, es möchten die Pressfehden nun eingestellt werden, empfahl er den Statutenentwurf zur Annahme. Mit einer solchen en bloc-Erledigung waren aber die meisten Delegierten nicht einverstanden, und die Stimmung wurde dem Plane des Parteivorstandes nicht günstiger, als er erklärte, den Passus, die Jugendorganisation dürfe ohne Zustimmung der Partei keine politischen Aktionen unternehmen, fallen lassen zu wollen, um den Anhängern der Jugendorganisation die Sache schmackhafter zu machen. Es wurde von einem Delegierten darauf aufmerksam gemacht, dass sich diese Nachgiebigkeit sonderbar ausnehme in einem Moment, in dem man dem Grütliverein im Zeichen der Parteeinheit so quasi den Stuhl vor die Tür setzte. Schliesslich wurde die Beratung des Statuts auf einen späteren Parteitag verschoben und ein Antrag Basel angenommen, der erklärt, dass der Grütliverein ausserhalb der Partei stehe und sein Organ nicht mehr Zentralorgan der Partei sei. Die Zugehörigkeit zum Grütliverein sei mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar und die Grütlivereine hätten sich bis zum 1. Januar 1918 zu entscheiden, ob sie der Partei oder dem Grütliverein angehören wollten. Sodann wurde die Statutenberatungskommission um drei Mitglieder vermehrt.

Die Behandlung der Kienthaler Beschlüsse wurde auf den nächsten ausserordentlichen Parteitag verschoben.

Als Parteipräsident wurde an Stelle von Genossen Studer Genosse Klöti gewählt. Zwei weitere Ersatzwahlen in den Vorstand brachten noch eine kleine Ueberraschung. Vom Vorstand war beantragt, den Frauen eine zweite Vertretung zu geben. Demgegenüber verlangten die Jugendlichen das Mandat mit Ungestüm. Sie drangen in der Abstimmung auch durch. Jedenfalls haben aber die Frauen diesen « Dank » der Jugendlichen nicht verdient.

Zum Schluss wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen, in der der Parteivor-

stand beauftragt wird, eine Geldsammlung zur Unterstützung der Propaganda gegen den Krieg einzuleiten.

Nach 5 Uhr abends wurde am Sonntag der Parteitag geschlossen.

Bemerkenswert waren an diesem Parteitag die überaus sachlich geführten Debatten, doch kann von ihm trotzdem nicht behauptet werden, dass er besonders produktiv gewesen wäre. Es ist ja gewiss imposant, wenn sich zu einer solchen Tagung 400 Delegierte einfinden; dagegen wäre eine Reduktion auf die Hälfte im Interesse grösserer Arbeitsfähigkeit und im Interesse der Kassen der Mitgliedschaften nur zu begrüssen.



Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

II.

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Methoden, wie man zu «normaler» Friedenswirtschaft gelangen kann, darf niemals die Tatsache aus den Augen gelassen werden, dass der Krieg einige Unternehmergruppen in gewaltigem Masse bereichert hat. Die während des Krieges gezahlten Preise sind geradezu horrend gegenüber den Friedenspreisen. Man kann sagen, dass etwa ein Drittel bis die Hälfte der Kriegsausgaben in den tiefen Taschen der Kriegslieferanten, Wucherer aller Art, der Offiziere und so weiter verschwunden ist. An materiellen Gütern hat der Krieg sicherlich nur etwa die Hälfte des Geldwertes vernichtet. Für die Volkswirtschaft kommt es darauf an, zu welchen Preisen die zerstörten Güter ersetzt werden können. *Der Wert der reproduzierten Güter bildet den tatsächlichen Verlust, den der Krieg mit sich gebracht hat.* Die weitere Entwicklung hängt davon ab, wie rasch und unter welchen Verhältnissen die notwendigen Produktionsmittel zu erlangen sein werden.

Häufig wird die durch den Krieg geschaffene Sachlage so dargestellt, als ob für die Wirtschaft überhaupt kein Ausweg mehr da sei, oder dass mindestens nur die soziale Umwälzung einen solchen bieten könnte. Das ist eine *Illusion*. So weit sind wir noch nicht. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, dass noch ein bis zwei Jahre Weltkrieg den völligen Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft mit sich bringen könnten. Wie aber die Sachlage heute ist, wird sich der Kapitalismus noch emporheben und nach einigen Jahren einen neuen Aufschwung erleben, *wenn* die Arbeiterschaft nicht die Macht erhält und an seine Stelle eine andere Wirtschaftsorganisation setzt. Die napoleonischen Kriege waren nicht minder verheerend, vermochten aber die

Entwicklung nur wenig aufzuhalten. Von selbst stirbt der Kapitalismus noch nicht ab.

In der Tat. Es ist zunächst klar, dass die Warenpreise nach dem Kriege sich nicht dauernd auf der jetzigen Höhe halten können. Wenn auch die einsetzende plötzliche Nachfrage nach Friedensprodukten vielleicht die Preise vorübergehend noch weiter in die Höhe treiben würden, so müssen sie, da wir doch mit einer mehr oder weniger dauernden Depression rechnen, bald heruntergehen. Dass sie aber noch lange nicht auf das Niveau der Friedenszeit heruntersinken werden, steht fest. Denn die gewaltige Zerstörung von Gütern und Menschenleben durch den Krieg führt zu einer Erschöpfung der natürlichen Produktivkräfte und Verminderung des Arbeitsangebots. Die Landwirtschaft, der Bergbau usw. werden nach dem Kriege mit höheren Produktionskosten als vorher zu rechnen haben. Zieht man noch die Erstarkung der Kartelle und Trusts in Betracht, die allen Konjunkturschwankungen zum Trotz die Preise hochhalten, so darf man auch nach dem Kriege mit einer dauernden Teuerungsperiode rechnen, die allerdings nicht so drückend sein wird wie während des Krieges. Dies vorausgeschickt, müssen wir nun sehen, welche Mittel der Kapitalismus besitzt, um die Folgen des Krieges wiederum wettzumachen.

Es ist in erster Linie die *Ersparnis an Ausgaben durch Verminderung der Produktions- und Verteilungskosten*. Gewöhnlich macht man sich gar keine Vorstellung davon, wie unrationell, geradezu verschwenderisch der Kapitalismus arbeitet. Schon die Reklamekosten allein verschlingen Milliarden! Wenn man aber den ganzen Prozess der Warenverteilung überblickt, so bemerkt man leicht, dass hier ungeheure Aufwände gemacht werden, die vermieden werden können. Rechnet man doch einen Detailpreisaufschlag zum Grosshandelpreis von 50 bis 300 und mehr Prozent! Ueberall sehen wir auch, dass die Zahl der im Handel beschäftigten Personen rascher steigt als die der anderen Berufsklassen. Während die Berufstätigen der schweizerischen Industrie von 1860 bis 1910 um 77% zunehmen, stieg deren Zahl im Handel um fast 240%! Durch Ausschaltung oder wenigstens Verminderung des Zwischenhandels kann man deshalb sehr viel an Kosten sparen. Und in der Tat sehen wir auch überall das Bestreben, die Rolle des Zwischenhandels im Produktions- und Verteilungsprozess der Waren auf das Minimum zu beschränken. Die Konkurrenz wird aufgehoben, um an Reklame- und Handelsspesen zu sparen, der Verteilungsprozess wird organisiert. Die Einfuhr und die Ausfuhr sind konzentriert, planmässig organisiert; zwischen den Produzenten